



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erschint wöchentl. Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1,- Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Pettzeile 50 Pfennig, Landes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Belungsregister.

Für die Woche vom 8.-14. Juli ist die Beitragsmarke in das mit 28 bezeldnete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

Nicht weniger Organisation, sondern mehr Organisation!

II.

Der in der gegenwärtigen Kriegswirtschaft zutage tretende Gegensatz zwischen Organisation und Organisationslosigkeit ist uralt, er zieht sich wie ein roter Faden durch die Entwicklungsgeschichte der Menschheit hindurch. Dabei zeigt sich, daß die geistig und wirtschaftlich Starren — oder die sich für stark hielten — von einer Organisation nichts wissen wollten, sondern für Bewegungsfreiheit schwärmten, während umgekehrt die Schwachen unter Verzichtleistung auf einen Teil ihrer Bewegungsfreiheit ihr Heil in der Organisation erblickten. Diese Tatsache bewahrt sich auch jetzt wieder: die Produzenten und Händler, die die Lebensmittel in Händen haben, fühlen sich stark und schrecken deshalb nach Unbegrenzungsfreiheit, auch die wohlhabenden Leute, denen es auf den Preis der Lebensmittel nicht ankommt, wenn sie nur welche kaufen können, schwören auf die Verkehrsfreiheit als das Allheilmittel, aber die große Masse des Volkes, die bei ihren bedrückten Gehältern unter der Warenknappheit und der Teuerung ganz ungeheuer zu leiden haben, treten für eine straffe Organisation ein, damit die Bedarfsgüter gerecht und zu einem erträglichen Preise verteilt werden. Das Schreien der Produzenten und Händler nach freiem Verkehr hat nicht etwa seinen Grund in der Sorge für den Lebensunterhalt der Massen, sondern es erklärt sich aus Selbstinteresse. Die vielgehörte Redensart: Besser sehr hohe Warenpreise, als gar keine Waren! Klingt sehr verständlich im Munde der zahlungsfähigen Leute, aber für die Unterschichten klingt sie wie Hohn. In der Tat würde eine Aufhebung des gegenwärtig geltenden Systems den Händlern und Produzenten riesige Gewinne in den Schoß werfen — viel höhere Gewinne, als sie ohnehin schon einheimen — und den reichen Leuten würden sie die Möglichkeit gewähren, auch die teuersten Waren aufzukaufen und ein herrliches Leben zu führen, während die Massen direkt am Hungernde nagen müßten. Vom Standpunkt der Volksernährung aus muß also die zwangsläufige Kriegswirtschaft trotz all ihrer Fehler und Mängel als grundsätzlich berechtigt anerkannt werden, weil nur sie allein den Grundfragen der Sozialgerechtigkeit entspricht. Das Interesse des Volkes erfordert also bringen, daß wir Front machen gegen alle Versuche, die darauf hinauslaufen, die Wirtschaftsfreiheit wieder einzuführen. Wenn uns die Kriegswirtschaft auch manche Freiheitsbeschränkung auferlegt, so gewährt sie uns wenigstens das Existenzminimum. Wenn es neben den Kriegswachern und Kriegshämmerern auch noch andere Leute gibt,

die in der Beseitigung der kriegswirtschaftlichen Organisation den Ausweg aus den Schwierigkeiten unserer Lebensmittelversorgung sehen, so rührt das einerseits daher, daß man früher stets die freie Konkurrenz als einen Segen gepriesen und ihre schweren Schäden mit dem Mantel der Liebe zugebedt hat, was denn im Laufe der Zeit zu einer fixen Idee geworden ist, und daß man andererseits vielfach nicht versteht, folgerichtig zu denken. Hat eine Organisation Fehler oder weist sie Mißerfolge auf, so ist es falsch, daraus folgern zu wollen, daß sie einfach beiseite geschoben werden müsse, ein denkender Mensch zieht daraus die Folgerung, daß sie verbessert werden müsse. Auch auf anderen Gebieten können wir die Beobachtung machen, daß man Modifikationen empfiehlt und mit dem Bestehenden radikal aufzuräumen versucht, anstatt für eine Umwandlung und Verbesserung einzutreten. So ist es auch hier. Es wäre ein verhängnisvoller, folgenschwerer Fehler, würde man auf dem Gebiete unserer Lebensmittelversorgung den Umsturz predigen, richtiger ist es, überall die verbessernde Hand anzulegen und die Organisation sachgemäß auszubauen.

Zu dem Zweck kommt es zunächst darauf an, die zersplitterten vielfach gegeneinander arbeitenden Organisationen zu vereinstelligen, um dadurch ein planmäßiges Handhaben der Kriegszeit vorhanden war, und die Organisationen erst drucksüchtweise geschaffen werden mußten, konnte natürlich von einer Einheitslichkeit und Planmäßigkeit nicht die Rede sein. Allmählich aber hat sich im Laufe der Zeit ein bestimmter Plan herausgebildet, und nun dürfen wir wohl die Hoffnung hegen, daß die Reibungen zwischen den einzelnen Stellen und Personen möglichst ausgeschaltet werden. Allerdings wird es nie dahin kommen, daß die verschiedenen Personen und Stellen wie die Lämmlein neben einander arbeiten, denn dazu sind die einzelnen Interessen zu verschiedenartig und die wirtschaftlichen Verhältnisse zwischen Stadt und Land zu gegensätzlich, aber dennoch läßt sich in gewissen Sinne ein besseres gegenseitiges Verstehen und ein willigeres Entgegenkommen sehr wohl erreichen. Sobald muß bei der Verbesserung der Organisation Geduld darauf gelegt werden, daß Fachleute und Sachkennner, aber keine Bureaukrassen die Leitung und das Bestimmungswort in der Hand haben. Es war ein großer Fehler, daß man bei Gründung der Organisationen zu wenig auf Sachkunde und Branchenkenntnis sah, sondern die Sache vom grünen Tisch aus nach Schema F zu regeln suchte, und daß man die bestehenden wirtschaftlichen Organisationen ausschaltete. Welchen Vorteil hätte man allein aus den Erfahrungen, Kenntnissen und Einrichtungen der Konsumgenossenschaftsbewegung ziehen können, wenn man sie in den Dienst der Lebensmittelverteilung gestellt hätte. Aber die Behörden hielten sich für unfehlbar und glaubten kraft ihres Amtes der Sache gewachsen zu sein, woraus dann Mißgriffe über Mißgriffe entstanden. Das benutzten natürlich die interessierten Kreise, um über den Bankrott der Kriegswirtschaft zu zetern. Sie hielten sich eben

an Neujährlichkeiten und Mißstände, die mit dem Wesen der kriegswirtschaftlichen Organisation nichts zu tun haben, und erreichten damit bei Leuten, die nicht folgerichtig zu denken verstehen, auch den gewünschten Erfolg. Eine jede Organisation muß erst allmählich in ihre Aufgabe hineinwachsen, indem sie sich sachkundige, geschulte Mitarbeiter heranzieht, und darum erscheint es durchaus unbillig, schon jetzt an die kriegswirtschaftlichen Organisationen Anforderungen zu stellen, die sie erst dann zu erfüllen vermögen, wenn sie Erfahrungen gesammelt haben. Unter Berücksichtigung der äußerst schwierigen Umstände, unter denen unsere Kriegswirtschaft zu arbeiten, und der inneren Widerstände, die sie zu überwinden hat, kann man nicht bestreiten, daß sie schon beachtenswerte Leistungen auszuweisen hat.

Eine bedeutende Verbesserung der Organisation unserer Lebensmittelversorgung ließe sich auch dadurch erreichen, daß die Massen der Verbraucher, und darunter besonders die Hausfrauen, mehr als bisher zur Mitarbeit herangezogen werden. Auf dem Gebiete der Warenverteilung könnten die Konsumenten manchen guten Rat geben und auch einen wichtigen Teil der Kontrolle übernehmen. Gewiß sind hier und da bereits Ansätze gemacht worden, aber es geschieht in dieser Beziehung noch lange nicht genug. Die Konsumvereine erscheinen uns als die geeigneten Organe, um diese Aufgabe zu erfüllen, was allerdings voraussetzt, daß in diesen Vereinen Mitglieder aus den verschiedenen Kreisen der Bevölkerung gewählt werden, die aus erfahrenen Frauen und Männern bestehen. Zu Beginn des Krieges wurde allerdings der Grundsatz gepredigt, daß nicht Produzenten- und Händlerpolitik getrieben werden solle, sondern Konsumentenpolitik, aber im Verlaufe des Krieges ist der Verbraucher immer mehr in den Hintergrund gedrängt worden. Und im Grunde genommen ist doch er der Mittelpunkt unseres Wirtschaftslebens, um den sich alles dreht. Das muß auch in unserer kriegswirtschaftlichen Organisation zum Ausdruck gebracht werden.

Wie die Kriegswirtschaft in organisatorischer Hinsicht ausgebaut werden soll, kann hier natürlich nicht im einzelnen erörtert werden, es mögen vorstehende Ausführungen genügen. Die Hauptsache ist, daß die Verbrauchermassen sich nicht irreführen lassen, sondern immer dringender die Forderung stellen, daß die bestehende Organisation nicht zertrümmert werden darf, sondern daß sie verbessert werden muß.

Einige Schutzmaßnahmen gegen gewerbliche Brand- und Explosionsgefahren.

I.

Wie in den „Amtl. Mitteilungen des Kriegsamts“ (Nr. 13 und 16 d. F.) bekanntgegeben wurde, sollen für die Sicherung in Sprengstoff- und Munitionsfabriken bei den Kriegsamtsstellen Ueberwachungskommissionen gebildet werden, die unter Mitwirkung des Gewerbeinspektors und eines Vertreters der Berufsfeuerwehr durch regelmäßige Besichtigung dieser Betriebe auch die er-

forderlichen Sicherheitsmaßnahmen anordnen können. Außerdem ist beim Kriegsamtstab eine Zentralaufsichtsstelle gebildet, durch welche Anleitungen und Richtlinien für die Betriebssicherheit aufgestellt und auch Gutachten über die Ursachen usw. bei größeren Bränden und Explosionen abgegeben werden sollen. Damit bekunden die amtlichen Stellen den ernststen Willen, diesen offenkundigen Gefahren, wobei es sich nicht nur um die Verhütung von materiellen Werten, sondern im Vordergrund um die Vernichtung von Menschenleben handelt, vorbeugend entgegen zu wirken.

Die Gewerbebetriebe werden je nach Art der zu verarbeitenden Rohstoffe oder Halbfabrikate mehr oder weniger einer Brandgefahr ausgesetzt sein. Die Zahl der gewerblichen Klein- oder Großbetriebe, welche keiner oder nur einer unbedeutenden derartigen Gefahr ausgesetzt sind, ist gering. Deshalb verlangt die Gesetzgebung aller Kulturstaaen und auch die deutsche Gewerbeordnung (§ 120 a) für alle gewerblichen Anlagen, wie: Werkstätten, Fabriken — und hierbei unterscheidend zwischen einer mehr oder weniger gefährlichen des Betriebes — ein Mindestmaß des Schutzes gegen Brände und Explosionen bei der baulichen Ausführung oder Einrichtung der Betriebsanlage und -gebäude. Das Gewerbeaufsichtswesen (Gewerbeinspektorate) und die Unfallverhütungswahrsnehmung der Gefahrenindustrie arbeitet hier mit der Baugesetzgebung Hand in Hand, wobei auch auf die gewerbehygienische Ausführung der Betriebsräume und -gebäude und gegen die Brandgefahr auf die mögliche Erhaltung der ganzen Betriebsanlage hingewirkt wird. Die gewerbepolizeilichen Anforderungen verdrängen sich deshalb auch mit den geldlichen Interessen der Betriebsunternehmer — denn auch die beste Versicherung bedeutet eine längere Betriebsunterbrechung — und mit denen der Feuerversicherungs-gesellschaften.

Die Frage, ob ein Fabrikgebäude ein- oder mehrstöckig anzulegen ist, wird allgemein von wirtschaftlichen Verhältnissen (Grundstückspreisen usw.) und von der Art des gewerblichen Spezialbetriebes oder inwieweit solches als ein zentralisiertes Fabrikgebäude, worin verschiedene Betriebsarten durch Vermietung von Zeiträumen an Einzelunternehmer gebraucht werden sollen, abhängig sein. Auch inwieweit derartige Gebäude und Anlagen aus massivem Ziegelmauerwerk, Eisenbeton oder Eisenkonstruktion oder als Fachwerk- oder nur als Holzbau aufgeführt, wird

durch die Art des Betriebes und hier nach den Anforderungen der Stabilität (Belastung, Erschütterung durch arbeitende Maschinen, Fallwerke usw.) entschieden werden müssen. Bauten von massivem Ziegelmauerwerk, auch Betonausführung und selbst in Eisenkonstruktion bieten zweifellos eine größere Sicherheit gegen Brandgefahren und Zerstörung des Gebäudes. Bei Um- und Erweiterungsbauten eines Fabrikgebäudes zeigt sich die Betondaubeise insofern unpraktisch oder unwirtschaftlich, als die Durchbrechung von Zwischenwänden u. a. mit größeren Schwierigkeiten verbunden sind. Man wendet deshalb bei der Ausführung von Betongebäuden schon das Doppelverfahren oder die Praxis an, außer den Umfassungsmauern, inneren Stützpfählen und Treppen die Zwischenwände mit Ziegelmauerung auszuführen.

Wo sich in wirtschaftlicher Hinsicht Vorteile für eine einstöckige Anlage mit einer Raumhöhe von 5 bis 8 Metern ergeben, wird sie angebracht sein. Dasselbe wird auch bei hallenartigen Betriebsgebäuden mit einer inneren Höhe von mehr als 10 Metern zutreffen, wie sie für Giebereien, Eisenwerke und in neuerer Zeit für die chemische Industrie durch Eisenkonstruktionsfachwerkbauten mit Ziegelmauerung zur Ausführung kommen. Wirksame Lüftung, leichter Abzug von Dämpfen und Gasen nach der Dachseite, gute natürliche Beleuchtung durch einfallendes Licht von den Glasdächern und durch große saalartige Fenster und außerdem als hervorragend wichtig: geringe Feuergefahr für die beschäftigten Personen durch eine möglichst größere Zahl von Ausgängen, die unmittelbar ins Freie führen, sind die Vorteile dieser Bauweise, wodurch auch eine leichtere Bekämpfung des Brandherdes durchführbar ist.

Sämtliche Feuerungsanlagen eines Gebäudes unterliegen den besonderen Vorschriften und der Abnahme der Baupolizei. Gewerbliche Feuerungsanlagen, auch nicht gefährliche, sind außerdem schon bei der Bauprojektierung zu einer Begutachtung dem zuständigen Gewerbeinspektor zu unterbreiten und unterliegen dessen Beaufsichtigung. Als feuergefährliche Anlagen, Gebäude und Räume gelten: in denen mit leicht brennbaren Flüssigkeiten (Äther, Benzin, Benzol, Terpentinöl, Petroleum, Spiritus, Schwefelkohlenstoff, Ölen usw.) gearbeitet wird und lagern, sowie in denen Papier, Holz, Stroh und andere leicht brennbare Stoffe (z. B. Faserstoffe, Kohle, Harze, Polstermaterialien u. a.) verarbeitet werden und lagern.

Unter Gebäuden, Anlagen und Räumen mit Explosionsgefahr sind nach den gewerbepolizeilichen und unfallverhütungsvorschriftlichen Bestimmungen (letztere der Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie) solche zu verstehen, in welchen leicht entzündliche und chemische Stoffe, wie: Benzin, Äther, Schwefelkohlenstoff, Cellulose u. a. sowie Preß-, Wasser-, Sauggas usw., sowie aller Art Sprengstoffe verarbeitet werden und in Mengen von 15 Kilogramm und mehr lagern. Besonders in Betracht kommen hierbei die Sprengstoff-, Pulver-, Patronen-, Sprenggeschloß-, Zündhütchen-, Zündspiegel-, Zündstoff- und Feuertwerkstoff-fabriken und derartige Laboratorien. Außerdem sind Kohlenbergwerke, Steinbruch- und Tunnelbaubetriebe und Dampfapparate, Dampfessel- und Gaszerzeugung- und Gasstrafanlagen aller Art usw. sowie unter Umständen auch Giebereien als explosionsgefährliche Betriebe anzusehen. — Die allgemeinen behördlichen Vorschriften zum Schutze gegen feuer- und explosionsgefährliche Flüssigkeiten sowie deren Gasgemische haben die §§ 137 und 139 des Reichsgesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 und die §§ 6, 12 und 13 der Verordnung vom 20. September 1887 zur Basis. Danach dürfen Mengen bis zu 250 Kilogramm, die der Anzeigepflicht an die Ortspolizeibehörde unterliegen, nur in sogenannten feuersicheren Kellern oder sonst eng umschriebenen Stätten eingelagert werden. Mengen von mehr als 250 Kilogramm, aber nicht mehr als 2000 Kilogramm, sind an die Bedingungen zur Freilassung einer Schutzzone (Schutzraum) von 20 bis 30 Metern genehmigt. Für Mengen über 50 000 Kilogramm wird die Aufbewahrung in Tanks verlangt, die auf allen Seiten mit einer Schutzzone von 50 Metern Breite umgeben sein müssen. Abgesehen von geringen Abweichungen sind diese Bestimmungen ungefähr die gleichen in allen deutschen Bundesstaaten.

In den mehrstöckigen Fabrikgebäuden tritt in gewerbepolizeilicher Hinsicht die Feuergefahr mehr in den Vordergrund. Zur Einschränkung dieser Gefahren sind namentlich folgende Maßnahmen geboten:

1. Die Umfassungsmauern und Zwischenwände sind aus feuerbeständigen Materialien (Ziegelmauerwerk oder Beton) herzustellen. Lange, mehrgeschossige Fabrikgebäude sind durch massive Zwischenwände (Brandmauern) in einzelne Abteilungen zu trennen. Die Zwischenbeden sind feuersicher (durch Beton- oder Patentziegelbeden)

Der Glücksfall.

Von Luise Gläb.

(Fortsetzung.)

Die Gasse kam häufig zu Besuch in das himmelblaue Haus. Frau Bierling hat allzeit mehr Kuchen, als sie selber brauchen, das merken sich die Nachbarn, aßen mit und redeten hinterdrein über die Verschwendung.

Frau Emeline tat's wohl, wenn sich das „Bettelvolk an ihrem Tische satt aß“. Das gab ihr erst das rechte Gefühl von ihrem Geld, mit dem sie nichts weiter anzufangen wußte, als kaufen und verwüsten, prahlen und diktieren — was alles ihr, je mehr sie's gewohnt wurde, desto weniger Vergnügen machte.

„Wenn wir Leinwand kaufen und eine Nähmaschine, um uns die Wirtschaft ordentlich herzurichten“, sagte Lisbeth schüchtern. „Es fehlt überall — auch mir fehlt alles — wo Ihr doch immer vom Heiraten redet.“

Aber da fuhr die Mutter los: „So? Ausstattung nähst? Für den Hungerleiber etwa? Der heidi auf und davon ist, so wie er merkt, von uns kriegt er nichts. Das laß mir bleiben. Bist du eines noblen Mannes Braut, dann kaufen wir's fertig, man muß den Handelsstand unterstützen.“

Erst weinte Lisbeth, dann ging sie zum Großvater.

„Großvater, wir sind doch nun reiche Leute, da schickt sich's, daß wir ordentliches Zeug haben.“

Er ließ sich's auseinander setzen und stimmte zu; nickte, lächelte und nickte wieder, und da er nie lange einen Zorn auf jemand behalten konnte, so blinzelte er schlau über die Gasse, ehe er antwortete.

„Freilich schickt sich's; aber für dich, Liesel, für mich reicht schon, was da ist, — du hast's noch vor dir, du kannst noch viel zerreißen. Hol' dir eine Wädelnähmaschine und sticke drauf los. Das Geld nimm aus dem Korbchen, dann ist's alles dein, und keiner darf dir dreinreden.“

Lisbeth lief und kaufte und nähte und hatte freudenerote Backen. „Für den Großvater“, sagten die Lippen. „Für den Karl“, sagte das Herz.

Allerweltstuden but Lisbeth keinen bei dieser Näherei, aber an Besuch fehlte es auch in der Unterstufe nicht. Da kamen weinende Frauen, denen ein Taler für den Apotheker, und verschämte Männer, denen ein Goldfuchs zur Miete fehlte. Da kam Rachbar Hadstod, der gerade billig einen Dschen kaufen konnte, wenn er könnte; und Nachbar Hinz sprach vom Haus über den Kopf kommen, wenn ihm keiner helfe, die blutsaugerischen Dachdecker zu bezahlen.

Großvater leerte das Semmelkorbchen und füllte es wieder; es wurde zum Sprichwort in der Gasse. Wo einer sich herausmachte aus Sorgen und Bedrängnissen, da hieß es: „Der hat's Semmelkorbchen geleert.“

Wenn aber der Hirschwirt kam, für den langte das Korbchen nicht, da mußte sich der Wandschranke aufstehen, denn beim Hirschwirt war's schon lange Matthäi am letzten. Die Hypothek auf's Haus hatte ihm nur kurze Zeit geholfen; nun redete er so herum und so herum, wie wohl dem Gelde im Wandschranke beizukommen sei.

„Geld macht doch Sorgen“, begann er, „wie haben Sie denn Ihr Geld angelegt, Großvater?“

Der Großvater nähte gerade eine Tasche zu, die nicht von zu vieltem Gelde zerrissen war, und machte ein schlechtes Gesicht. Er hatte nichts dagegen, wenn der Hirschwirt eine Stunde in der Werkstatt verschwaigte, und falls er bitten kam,

war's ihm sogar ein Vergnügen — aber verwandt wollte er nicht mit ihm sein.

Seine Gutmütigkeit wurde nicht gern grob, aber sein Handwerksstolz wehrte sich: „Ihr Großvater bin ich aber doch nicht, soweit ich's Kirchenbuch kenne.“

Der Hirschwirt verstand, und ärgerte sich, ihm aber erlaubte die Habgier das Grobwerden nicht. Also lachte er ein wenig und redete schnell weiter. „Freilich, wie käme denen vom Hirschen die Großeloverwandtschaft. Ja, das los! — Wie hatten Sie Ihr Geld angelegt, Herr Bierling?“

„In Papieren“, antwortete der Alie zufrieden und zog den Faden lang aus.

„So? — Taja! — Aber Papiere sind doch unsicher.“

„Meinen Sie?“ fragte der Großvater, „arm möchte ich nicht noch mal werden.“

Es war zwar nicht abzusehen, daß dem Großvater die Armut einen großen Lebensunterschied bringen würde, aber der Hirschwirt stimmte eifrig zu, für ihn konnte der alte Bierling gar nicht reich genug sein.

„Alle Papiere sind unsicher, die Banken brechen entzwei wie Wirtschaftliche zu Hochzeiten, und der Staat? Wo bleibt der, wenn der große Kladderadatsch kommt? Nur Grund und Boden bestehen bis ans Ende der Welt; ich würde mein Geld nur auf Grund und Boden anlegen.“

Und dann redete er dem Großvater die allerletzte Hypothek seines Gemüselbergs auf, nach der der hungriigste Adler nicht geschnappt hätte, so schlecht war sie.

Auf diese Weise genoß der Hirschweiber seinen Gewinn.

Im „Lailleurgeschäft“, zu dem jeder der beiden Brüder die Hälfte zugesprochen hatte, gab's eine andere Art Geldverbrauch.

herzustellen. Eisene Säulen und Träger sind mit ähnlichem Material zu umkleiden. Sind Öffnungen nicht zu vermeiden, wie bei Transmissionsen, Aufzügen, Luftschächten usw., so müssen Vorkehrungen getroffen werden, welche bei einem Brande das Uebertreten von Rauch und Funken verhindern.

2. Die Treppen müssen in besonderen vorgebauten Treppenhäusern liegen. Letztere, wie auch die Treppen dürfen nur aus feuerbeständigem Material hergestellt werden, wobei auch eiserne Treppen zulässig sind. Bei drei- und mehrgeschossigen Gebäuden müssen mindestens zwei genügend voneinander entfernte Treppenhäuser und Ausgänge angelegt werden, sofern die Zahl der in den hochgelegenen Geschossen beschäftigten Personen zehn übersteigt oder die Länge des Gebäudes 50 Meter übersteigt. Als Rückzugsweg sind an den äußeren Umfassungswänden eiserne Kottreppen mit Geländer anzulegen. Senkrechte Kottreppen (sog. Steigtreppe) sind mit Rücksicht auf Arbeiterinnen oder schwächliche Personen nicht zulässig.

3. Die Türen in den Betriebs- und Lageräumen sowie an den Ausgängen müssen tauchdicht und durch Eisenbeschleissung feuersicher sein; sie müssen leicht gangbar, nach außen aufgehen und nicht mit Schloßern versehen sein, an denen sich Riegel befinden. Während der Arbeitsstunden darf der Schlüssel nicht im Schloß stecken bleiben.

4. Der Haupteingang von der Straße zu dem Hof der Betriebsanlage muß eine derartige Breite und Höhe haben, daß es der Feuerwehr mit den Lösch- und Rettungsapparaten leicht möglich wird, an den Brandherd heranzukommen.

5. Alle Fenster der Betriebs- und Lageräume müssen zum Öffnen und derartig eingerichtet sein, daß eine erwachsene Person durch die Fenster ins Freie gelangen kann. Außerdem muß an dem oberen Teil der Fenster eine praktisch zu handhabende Luftschleibe (zur Lüftung des Raumes) vorhanden sein.

6. Alle Räume, in welchen leicht brennbare oder explosive Stoffe verarbeitet, gelagert oder die Ansammlung oder Entwicklung brennbarer Gase, Dämpfe oder staubförmiger Materialien in gefährdender Weise eintreten kann, sind von außen mit einem Anschlag zu versehen:

„Feuergefährlich! Rauchen, Benutzen von offenem Licht und Feuerzeug verboten!“

Zuerst wurden fertige Sachen angeschafft, den Laden zu füllen; dann bestellte der Geschäftsführer einen Schaufensterkünstler, von wegen dem Kundenfang. Das Fenster wurde glänzend, die Vergütung des „Künstlers“ war auch glänzend, nur mit den Kunden blieb's mäßig.

Dann, gerade als die ersten Bestellungen eintrafen, verlangten die Gesellen höheren Lohn.

Wie die ihn hatten, zeigte sich der Geschäftsführer empfindlich über den geringen Abstand zwischen ihm und den Gesellen.

Sobald einer der beiden Herren in den Stadtladen kam, hieß es: Tu deinen Beutel auf.

Nun — sie hatten es ja dazu. Zule griff faul und gleichmütig in den Geldsack. Das war so: wer Geld hatte, gab welches aus. — Onkel Ede sah ein, daß ihr Selbstaufgeben einmal aufhören müsse, so oder so — aber Einhalt tat er nicht — er genoß lieber, solange es anging.

Der kleine Ede dachte zwar nicht aus, Ende, aber in bezug auf's Genießen hegte er ganz des lustigen Onkels Meinung, und er hätte sich dem noch eifriger hingeeben, wenn nicht Lisbeth dazwischen getreten wäre, so wie sie etwas davon merkte.

„Kar! ist nicht da,“ sagte sie, „ich muß Karln vertreten! Ueberleg' Joch, was der zu deinem Erinken und Waumachen sagen würde.“

Einmal half's, einmal half's nicht.

Wenn der Kleine ein Gesicht zog bei ihrem Zureden, dann schickte sie auch noch den Großvater und Onkel Knüttchen ins Feld.

„Sieh doch, wie vergnügt den einen die Arbeit macht und wie der andere vorwärts kommt! Du sollst doch auch vorwärts kommen!“

Und der kleine Ede, der so gutmütig war wie die andern Vierlings, meinte: „Nu, wenn die's Spaß macht, dann kann ich ja — ohnehin wird's

7. In diesen Räumen dürfen sich keine Feuerquellen befinden; auch ist die Aufstellung von Elektromotoren, Dynamomaschinen oder Verbrennungsmotoren und die Anbringung von Funken gebenden elektrischen Armaturen in denselben unstatthaft. Die Fußböden dieser Räume müssen undurchlässig und fugenlos sein. Lageräume für leicht brennbare Materialien dürfen nur zur Seite und nicht unter den Arbeitsräumen angelegt werden und sind außerdem durch Brandmauern gehörig abzuschließen. Bei Schuppen müssen in den Seitenwänden eine ausreichende Zahl von Ausgängen vorhanden sein.

8. Bei Gewittern ist das Arbeiten und der Aufenthalt in den gefährlichen Räumen verboten. Im übrigen sind alle derartigen Betriebsgebäude gegen Blitzgefahr durch Blitzableiter gut zu schützen.

Das Kind in der Fürsorge.

Wir dürfen getrost behaupten, daß wir in der Jugendzucht unter allen gebildeten Völkern mit an der Spitze marschierten. Sonst wären unsere Mieseleistungen gegen eine vielfache Uebermacht einfach nicht möglich gewesen. Damit ist nun freilich nicht gesagt, daß nun bei uns alles ideal wäre, was Erziehung anbelangt. Nein, wir wissen sehr wohl, wo uns der Schuh drückt. So mangelt es bei uns, um nur einen Punkt zu nennen, noch gar sehr an einer ausreichenden und geordneten Fürsorge für das in der Erziehung vernachlässigte Kind.

Daß es eine Menge Kinder gibt — sie werden auf fast zwei Millionen geschätzt —, bei denen es in irgendeiner Weise in ihrer Erziehung bedenklich hapert, das ist unbestrittene Tatsache. Diese Gefahr für unser Volk ist auch längst erkannt worden, was wohl am besten daraus hervorgeht, daß bereits eine reiche Fürsorge eingesetzt hat, das Wort reich allerdings im beschränkten Sinne gefaßt. Denn was ist in den letzten Jahren nicht allein für Säuglingsfürsorge getrieben worden, denken wir ferner an die Kinderhorte und Kindergärten, an die vielen Maßnahmen, die das gefährdete Schulkind fürsorgend erfassen, endlich an die Pflege aller körperlich und geistig Abnormen, wie sie in besonderen Anstalten geleistet wird.

Das alles ist gewiß viel und doch im Hinblick auf das Notwendige noch lange nicht genug. Wenn man die jetzige Fürsorge kennzeichnen will, so muß man behaupten, daß sie an Zersplitterung leidet. Zunächst in bezug auf den Ort; denn es

so wie so ledern — und Großkopfs Greta kommt allemal auf den Hof, wenn ich da bin.“

Lisbeth aber war's, wenn sie den Kleinen zur Vernunft geredet hatte, als spüre sie einen Händedruck ihres Karls.

Hören tat sie nicht viel von ihm, die Ruhme Peterlein traf sie nur in der Kirche. Da waren ihre Plätze so, daß sie sich zuinden konnten, und wenn das alte Gesicht freundlich lachte, dann wurde Lisbeth für die ganze Woche froh, denn das hieß: „Unserm geht's gut.“

Ein einziges Mal, um den Oktober herum, drängte sich die Ruhme an das Mädchen und flüsterte: „Er kommt noch nicht, Großkopfs schickt ihn auf den Holzkauf — es geht vorwärts.“

Und Lisbeth antwortete mit strahlendem Blick und den geküßelten Worten: „Grüß ihn, Ruhme, grüß ihn tausendmal.“

Sie hätte ihm gerne sagen lassen, daß sie Ausstattung nahe, aus Großvaters Semmelförbchen, aber das war ihr zu gerierlich.

Ofters war das Glück über Vierlings gekommen, am Schwebster feierten sie ein Fest, bei dem's hoch herging, mit Champagner, Krallbondons und Toasten auf die schöne Frau Talljöhrlin und das gute Jahr, dem immer noch bessere folgen sollten.

Die ganze Gasse war da, ausgenommen Frau Peterlein; und auch der Geschäftsführer aus der Stadt fehlte nicht. Frau Emmeline nannte ihn einen feingebildeten, jungen Mann, mit einer großen Zukunft, der ihr als Schwiegersohn sehr willkommen sei.

Da Lisbeth schnippsch war, machte er einstelligen Frau Emmelinen den Hof.

(Fortsetzung folgt.)

gibt eben manches Kind, manches Dorf, das von ihr gar nicht erfaßt wird. Sodann in bezug auf die Art, und zwar in doppelter Weise: zum ersten erstreckt sich die Fürsorge nur auf einen bestimmten Uebelstand und läßt andere Mängel unberücksichtigt und zum zweiten wird auch das Maß der zugewendeten Fürsorge ganz verschieden sein, was ja wieder von den Mitteln der Gesellschaft und von ihrem Urteil abhängig ist.

Zweierlei ist daher in Zukunft unbedingt nötig. Die Fürsorge für das Kind muß zum ersten alle ohne Ausnahme erfassen, die gefährdet sind, und es muß zum zweiten eine gewisse Einheitlichkeit in dem großen Werke erstrebt werden. Beides wird sich aber nur dann erreichen lassen, wenn der Staat diese Fürsorge für das Kind in die Hände nimmt. Das ist eine Forderung, die wir unbedingt erheben müssen. Sonst bleibt die jetzige Arbeit beim besten Willen Stückwerk. Die Erfahrung zeigt es ja zur Genüge. Denken wir beispielsweise an die segensreich wirkende Säuglingsfürsorge. Sie hat nur das kleine Kind und das auch nur in körperlicher Beziehung im Auge; was aber später und in seelischer und geistiger Beziehung aus ihm wird, das liegt eben nicht im Kreise seiner Sorge. So kann es vorkommen, daß ein Kind vor dem Tode gerettet wird und später doch dem Leben verloren geht, weil es späteren Gefährdungen unterlag.

Daher großzügige staatliche Fürsorge! Ebenso wie der Staat die Schulbildung in die Hand nimmt und dafür sorgt, daß wenigstens jeder Deutsche die allgemeine Volksschule besucht, so ist es schließlich auch seine Aufgabe, für alle gefährdeten Kinder soweit zu sorgen, wie es in seiner Macht liegt. Das liegt ja doch nur in seinem eigenen Interesse. Denn alle Kinder, die aus irgendeinem Grunde in der Erziehung vernachlässigt worden sind, gehen ihm einst als brauchbare Staatsbürger verloren, ja noch mehr, sie richten verschiedenen Schaden an und füllen seine Gefängnisse, Zuchthäuser und Krankenanstalten. Es handelt sich sicher um ungeheure Werte, die unserem Volke verloren gehen, weil nicht rechtzeitig planmäßig Jugendfürsorge getrieben wurde.

Wenn im Vorstehenden eine großzügige staatliche Kinderfürsorge verlangt wurde, so soll damit nicht gesagt sein, daß deshalb die freiwillige Fürsorge aufhören sollte. Keineswegs. Zuviel kann in dieser Richtung sicher nicht geschehen. Es wäre auch schade um die vielen sozial wirkenden Kräfte, die sich auf diesem Wege beglückend für sich selbst und für das Kind auswirken. Darauf kommt es nur an, daß zwischen der privaten und der staatlichen Fürsorge der enge, notwendige Zusammenhang gewahrt werde, daß der Staat das Ganze überwacht, und daß er da eingreift, wo irgendein Anlaß dazu vorhanden ist.

Der Krieg hat uns mit rauher Gewalt an die Notwendigkeit einer besseren Bevölkerungspolitik, als wir sie bisher betrieben, gemahnt. Kostbar war das Kind schon immer, schon um seiner selbst willen. Das wollen wir nicht hinteran stellen. Wir wollen aber auch heute nicht übersehen, daß das Kind auch schon daher kostbar ist, weil es der Staat einmal braucht, weil es diesen einmal bilden, stärken und erhalten hilft. Der Staat hat ein ungeheures Interesse daran, daß die Volkszahl zunehme, er hat aber auch die Pflicht, dafür zu sorgen, daß ihm von den werdenden Feinden ohne Not verloren gehe, deshalb eben muß er staatliche Kinderfürsorge treiben.

Reicht wird die Durchführung dieser staatlichen Organisation freilich nicht sein. Unendlich viele Schwierigkeiten werden sich entgegenstellen, und vor allem werden viele neue Kosten aufzubringen sein, was nach dem Kriege auf keinen Fall leicht fallen dürfte. Aber es handelt sich doch hier um gebieterische Notwendigkeiten, wozu das Geld vorhanden sein muß und sein wird. Auch wird gerade das hierfür ausgegebene Kapital reiche Zinsen und Zinseszinsen bringen.

Nach dem Kriege aber wird die geforderte staatliche Kinderfürsorge, die wir eigentlich schon längst hätten haben müssen, erst recht notwendig sein. Denn die Gefährdung der Jugend wird noch größer sein als ehedem; viele Väter kehren aus dem Kampfe nicht mehr zurück, es fehlt also ihr heilsamer Einfluß in der Jugendzucht. Viel Mütter aber werden mehr als vor dem Kriege gezwungen sein, dem Erwerbe außer dem

Hause nachzugehen, und die Folge davon wird eben die größere Verwahrlosung der Jugend sein. Deshalb handelt es sich hier um ein nationales Wert, das in naher Zukunft und mit allen Kräften in Angriff genommen werden sollte. B. S.

Korrespondenzen.

Gautag der Gaue 4 und 4a. In München fand am Sonntag, den 24. Juni, der achte Gautag der Gaue 4 und 4a statt, der vormittags 10 Uhr vom Kollegen Schmid-München unter Begrüßung der Hauptvorstehenden, Kollegen Thiede, und der übrigen Delegierten, mit gleichzeitiger Eröffnung der im letzten Jahre gefallenen Kollegen, eröffnet wurde. Die Präsenzliste wies Vertretungen aus München, Nürnberg, Augsburg, Kempten, Kaufbeuren und Regensburg aus. Das vorjährige Gautagsprotokoll verlas Kollege Auenhammer-München, und wurde dasselbe ohne Erinnerung angenommen. Auch an dem von der Kollegin Burtel-München abgegebenen Kassenbericht war nichts auszusagen. Recht interessant gestalteten sich wieder die Situationsberichte der einzelnen Zahlstellen, die ja selbstverständlich alle noch unter den Kriegsnöten zu leiden haben, doch aber auch ohne Ausnahme konstatieren konnten, daß der Zeitpunkt des Niederganges erreicht ist und allerorts sich eine zwar noch langsame aber stete Aufwärtsbewegung bemerkbar macht. Das von sämtlichen Delegierten abgegebene Versprechen, im kommenden Jahr hauptsächlich die Kleingautagitation auf das intensivste zu betreiben, berechtigt zu der Hoffnung, daß ein weiteres Steigen der Mitgliederzahl in den beiden Gauen nicht ausbleiben kann. Kollegin Thiede erstattete nun ein Referat über die Feuerungszulagen-Bewegung unseres Verbandes und ihre Erfolge in Deutschland. In gewohnt klarer und ausführlicher Weise behandelte Rednerin diesen Lageordnungspunkt, indem sie die Vorgänge des vorigen Jahres bei der Feuerungszulage recapituliert, den eigentlichen Standpunkt der Unternehmer skizzierte, den diese in dieser Frage unterschiedlich zwischen Gehilfen und Hilfsarbeitern einnahmen, und die Schwierigkeiten darstellte, die uns erwachsen dadurch, daß die Gehilfen uns von ihrem Vorgehen nicht verständigten. Der Reizanteil der Kollegenschaft in größeren Städten stellte sie die Gleichgültigkeit des Hilfspersonals in kleineren Orten gegenüber und bewies in einer Reihe von Fällen die Unterschiedlichkeit der bis jetzt bekannt gewordenen Feuerungszulagenerbhörungen, die im selben Verhältnis unserer Kollegen und Kolleginnen zur Organisation stehen. Rednerin zeigte weiter, welche überreiche Arbeit unser hier noch harzt, um die Unternehmer zu veranlassen, das zu geben, was als das Mindeste an Ausgleich gegenüber der fortwährenden Feuerung genannt werden muß. Die nach den beifällig aufgenommenen Ausführungen einsetzende Diskussion spielte hauptsächlich darin, daß das Mißbehagen zum Ausdruck kam, daß durch diese von unserem Verband eingeleiteten und geführten Bewegungen auch immer die Schmarotzer der Arbeiterschaft, die Indifferenten, denselben Vorteil haben, wie die opferfreudige organisierte Kollegenschaft, und daß doch Mittel und Wege gefunden werden möchten, um dies für die Zukunft zu unterbinden. Gauleiter Schmid referierte nun über: "Tarifkündigung oder nicht?" Er verwies darauf, wie seit dem Zeitpunkt, wo wir eingesehen haben, daß in dem Abschluß von Tarifen die beste Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für unsere Kollegenschaft gegeben ist, wir auch unablässig bestrebt waren, die Tariforte zu vermehren und einen Einheitsstarif zu erreichen. Dabei zeigte er die Schwierigkeiten, die uns erwachsen sind, die sich erstens schon in der Rekrutierung des Hilfspersonals für den Verband ergeben und zweitens darin bestehen, daß es unter diesen Umständen viel schwieriger wie bei den Gehilfen ist, dem Tarifortpflanzungsgebanten Stabilität zu geben. Diese Schwierigkeiten können aber nicht behoben werden, wenn die Prinzipale, wie unlängst gesehen, in der "Zeitschrift" erklären, daß für sie ein allgemeiner Tarif für die Hilfsarbeiter nicht mehr besteht, trotz der zentral verhandelten und abgeschlossenen Allgemeinen Bestimmungen" und des im Dezember 1911 in das Tarifabkommen aufgenommenen Haftungsvertrages. Auch die eigentümliche Stellungnahme des Vorstandes des Deutschen Buchdrucker-Vereins, der sich zur Entgegennahme von Revisionsanträgen nicht zuständig erklärt, trägt nicht zur Besserung des bisherigen Zustandes bei und rückt nur den Einheitsstarif wieder mehr in die Ferne, und verweist uns abermals wieder auf drückliche Verhandlungen. Damit sollen nun die Städte-tarife wohl für die nächste und übernächste Tarifperiode wieder Krumpf werden. In dieser Vor-

aussicht ist es nun erst recht notwendig, daß nun nicht hundertbunt durcheinander gearbeitet, sondern eine gewisse Einheitlichkeit gewahrt wird, um das Bestreben für einen Einheitsstarif nicht illusorisch zu machen. Dieser Auffassung waren auch die beiden letzten Gauleiterkonferenzen, die bereits die Kündigungs- oder Nichtkündigungs des Tarifes ins Auge faßten. Um so mehr verwunderlich war nun der am 22. Mai in Berlin erfolgte Abschluß über die Feuerungszulagen, der vorsah, daß der bestehende Tarifvertrag bis zum 31. Dezember 1918 verlängert wird, allerdings mit dem Nachsatz, falls eine Verlängerung des Deutschen Buchdrucker-Tarifes bis zum genannten Tage ebenfalls eintritt. Zufischer sei, daß, wenn eine andere Zahlstelle aber eine derartige Verpflichtung eingegangen wäre, die Berliner dann am meisten dagegen protestiert hätten. Es bleibe also nichts anderes übrig, als eben zu warten, was die Buchdrucker machen werden und dann wieder als fünftes Rad hinterher zu rollen. Kollege Schmid ist der Ansicht, daß nun versucht werden müsse, in den einzelnen Tarifstädten die Kündigungsdauer des Tarifes bis 1. Oktober 1917 hinauszuschieben und, falls sich die Unternehmer damit nicht einverstanden erklären, gleichzeitig die Revision des Tarifes zu beantragen. Er begrüßte diesen Standpunkt, und nach längerer Aussprache erklärten sich dann auch die Anwesenden einstimmig mit diesem Vorgehen einverstanden, und soll eine demnächst stattfindende Gauleiterkonferenz zu dieser Angelegenheit dann weiter Stellung nehmen. Besondere Anträge aus den einzelnen Zahlstellen lagen nicht vor, und nachdem dann noch einige Internas erledigt wurden, schloß Kollege Redding mit der Auforderung zur fleißigen Weiterarbeit und einem dreifachen Hoch auf den Verband nachmittags 4 Uhr die interessant und anregend verlaufene Tagung.

Rundschau.

Der Töpferverband im Jahre 1916. Auch im verflossenen Jahre ist die Mitgliederzahl des Töpferverbandes weiter zurückgegangen. Gegenüber dem Jahr 1915, das mit 3340 Mitgliedern abschloß, hatte der Verband am Jahresluß 1916 nur noch 2961 Mitglieder. — Auf die Finanzen des Verbandes hat der weitere Mitgliederrückgang wenig Einfluß gehabt. Wohl haben sich dadurch die Einnahmen etwas verringert, jedoch ist dies ohne Belang. Nach Kriegsausbruch betrug am Schluß des Geschäftsjahres 1914 das Verbandsvermögen 337 000 Mk., es hat sich seitdem um 32 000 Mk. verringert, so daß am Jahresluß 1916 noch 305 000 Mk. in der Hauptkasse vorhanden waren. Die Mehrausgabe resultiert nicht aus den regulären statistischen Unterstüßungen, sie ist die Folge besonderer Unterstüßungsleistungen an die Familien der selbstarben Mitglieder. Für diese Zwecke opferte der Verband in den Jahren 1915/16 insgesamt 52 000 Mk., wovon auf das Jahr 1916 23 500 Mk. entfallen. Von sonstigen regulären Unterstüßungen erforderten größere Summen: Waisen- und Reiserunterstüßung und Umzugsbeihilfe 1168 Mk., Sterbebeihilfe 6632 Mk., Arbeitslosenunterstüßung 4890 Mk., Krankenunterstüßung 23 118 Mk. Die Arbeitslosenunterstüßung hat sich gegen das Vorjahr verringert, nicht aber etwa infolge vermehrter Beschäftigung im Gewerbe, sondern weil viele Berufsangehörige Beschäftigung in der Kriegsindustrie nahmen. Dagegen ist die Ausgabe für Kranke gegen das Vorjahr um rund 50 Prozent gestiegen. Unter den Erkrankungen stehen wie immer an weitest erster Stelle Lungenleiden und Rheumatismus.

Der Geschäftsgang lag in der Kachelofenindustrie auch im verflossenen Jahre fast allgemein schwer darnieder. Nur in den Scheibentöpfereien und Steinzeugwerken war vollauf Beschäftigung, so daß vielfach die Nachfrage nach Arbeitsträften nicht befriedigt werden konnte. Lohnbewegungen wurden im vergangenen Jahre drei geführt, in Coswig in Anhalt (Scheibentöpfer), in Wittenberg und in der Provinz Ostpreußen (Ofenfeber). Für den letztgenannten Bezirk wurde ein Einheits-tarif sowie ein paritätischer Provinzialarbeitsnachweis geschaffen. Insgesamt wurden bei diesen Lohnbewegungen in 369 Betrieben für 344 Töpfer wöchentliche Lohnerhöhungen von 3250 Mk. erreicht. — Einen breiten Raum nahmen bei den sonstigen Lohnerhöhungen die Feuerungszulagen ein. So erhielten 1000 Ofenfeber in 49 Orten 6031 Mk. Feuerungszulage pro Woche, ferner 291 Ofenformner in 7 Orten 916 Mk., 409 Ofenfeber und -formner in gemischten Betrieben 33 Mk. wöchentliche Feuerungszulage. Insgesamt erreichten Feuerungszulagen und Tarifvermehrungen 2459 Personen und zwar 13 992 Mk. pro Woche.

Ein an und für sich befriedigendes Resultat, das sich im laufenden Jahr noch mehr steigern wird, immerhin gegenüber der starken Feuerung keinen gerechten Ausgleich bieten kann. Erleichternd fällt bei den Bewegungen um Feuerungszulagen ins Gewicht, daß die Töpfer nicht Kriegsindustrie sind und der Beschäftigungsgrad im Gewerbe außer in der Scheibentöpferei ein äußerst lauer ist, der noch dazu in den Ofenfabriken durch horrenden Holzpreise und geradezu unerhörte Preise für manche Gasurmateriale sowie deren oft gänzlichen Ausfall stark gehemmt wird.

Der Vorstand des Töpferverbandes ist der Ansicht, daß sich nach Friedensschluß eine lebhaftere Bautätigkeit einstellen wird. Da ferner der Verband auf solider finanzieller Grundlage ruht und zahlreiche Zuschüsse aus dem Felde unerschütterlicher Verbandsstreue bekunden, eröffnet sich für die Organisation ein hoffnungsvoller Ausblick in die Zukunft, die sie gewappnet finden wird, um dann in alter Weise die Rechte und Besserstellung der Lebenslage ihrer Mitglieder wahrnehmen zu können.

Die Aktionäre der Volksfürsorge — deutsche gewerkschaftliche Zentralverbände und Konsumvereine — die zur Gründung der Volksfürsorge 1 Million Mark Aktientapital und zur Einrichtung der Gesellschaft 200 000 Mk. zuzüglich als Organisationsfonds zur Verfügung stellten, haben in den ersten drei Geschäftsjahren jeweils auf die ihnen sachungsgemäß zustehenden Zinsen in Höhe von 40 000 Mk. freiwillig zugunsten der Versicherten verzichtet, in den Jahren 1914 und 1915 zugunsten des Kriegsereservefonds. Dadurch ist dieser Fonds in einer Weise gestärkt worden, daß den Hinterbliebenen der im Kriege fallenden Versicherten trotz des kurzen Gesellschaftsbestandes und trotz des langen und störenden Weltkriegs verhältnismäßig günstige Versicherungssummen ausbezahlt werden können. Da das günstige Geschäftsergebnis des letzten Jahres es zuließ, trotz beträchtlicher Zuweisung an die verschiedenen Reserven noch eine Erhöhung der Dividende der Versicherten auf sieben Prozent vorzunehmen, schlägt die Verwaltung der diesjährigen Generalversammlung vor, für das abgelaufene Geschäftsjahr 1916 die auf vier Prozent festgesetzten Jahreszinsen für das voll eingezahlte Aktientapital von 1 Million Mark an die Aktionäre zur Auszahlung zu bringen. Die Generalversammlung wird diesem Antrage gern zustimmen, da die Organisationen der Aktionäre durch den dreimaligen Verzicht während der Dauer des Krieges für die Versicherten der Volksfürsorge finanzielle Opfer gebracht haben, die nicht hoch genug angeschlagen werden können.

Der Abschluß der Volksfürsorge für das Geschäftsjahr 1916 zeigt, daß die Einnahme an Prämien für Kapitalversicherungen auf den Todesfall 2 357 553,25 Mk. und die Zinsen für angelegte Kapitalien 221 888 Mk. betragen. Die für die abgeschlossenen Versicherungen gesetzlich festzulegende Prämienreserve betrug für die Kapitalversicherungen auf den Todesfall 4 078 842,17 Mk., für sonstige Versicherungen 188 389,04 Mk.; es waren sonach zur Erfüllung der Verpflichtungen für die bisher Versicherten 4 267 231,21 Mk. sicher festgelegt. Von dem Vermögen der Volksfürsorge waren Ende 1916 angelegt in Hypotheken 3 522 889,80 Mk., in Wertpapieren 2 195 400 Mk. und bei Banken 134 510,34 Mk.

Sandige Frühkartoffeln. Trotz der beschämenden Vorläufe im vergangenen Jahre tritt die „Deutsche Tageszeitung“ wiederum dafür ein, daß Frühkartoffeln „mit der anhaftenden Erde verladen werden“. Sie sucht diese Forderung damit zu begründen, daß die Schale der Frühkartoffel zu empfindlich sei, um nach einer gewissen Reifezeit noch einen längeren Transport zu vertragen. Darüber mögen sich unvoreingenommene Sachverständige der Reichsstatistisches stelle maßgebend äußern. Inzwischen bleibt es stark auffällig, daß diese Empfindlichkeit jetzt so viel stärker als in Friedenszeiten in den Vordergrund gerückt wird. Ist der Bestand der Kartoffeln mit allem Drum und Dran wirtschaftlich nötig, so darf er nur gegen entsprechende Schutzabgabe gestattet sein, und zu deren Feststellung sind energische Beauftragte nötig. Auf keinen Fall aber darf bei weitem die bitterste Misshandlung wieder so weit gehen, daß schließlich sogar der Verbraucher noch zehn Prozent Sand und Steine erhält, welche die etwaige frühere Verbannung mit den Kartoffeln längst verloren haben. Denn letzten Endes kommt es auf dasselbe hinaus, daß die Hausfrauen zehn Prozent verkaufte Kartoffeln oder die gleiche Menge Erde in Kauf nehmen müssen. Nur liegt der zweite Fall infanter schärmer, als er zunächst gewisstenfalls Verladern Gelegenheit zu unehrlichem Verdienst bietet.